

Biden-Sieg heißt „Business as usual“ für die Finanzmärkte



Jetzt steht es fest, Joe Biden wird der neue Präsident der Vereinigten Staaten. Der von den Demoskopen vorhergesagte Erdrutschsieg der Demokraten allerdings ist ausgeblieben. Die „blaue Welle“ dürfte am Ende nur dafür reichen, einen höchst umstrittenen Präsidenten aus dem Amt zu spülen. Für die Finanzmärkte sollte der Machtwechsel im Weißen Haus nicht zu einem Game-Changer werden. Denn auch mit einem demokratischen Präsidenten sind die USA von einer 180-Grad-Wende in der Politik weit entfernt. Denn noch steht zwar nicht fest, ob und wie sich die Mehrheitsverhältnisse im US-Senat verschieben, zu einem Durchwinken demokratischer Gesetzesvorhaben dürfte es aber eher nicht kommen, egal wie die Stichwahlen im Januar ausgehen.

Das sollte auch dazu führen, dass die fürs Sparen bekannten Republikaner noch ein paar Hundert Milliarden aus dem angestrebten Konjunkturpaket zur Bewältigung der Corona-Krise herausdiskutieren, bevor es dann erst im neuen Jahr verabschiedet werden dürfte. Insgesamt aber wird die USA auch unter Biden fiskalpolitisch weiter auf Investitionen vor allem in die Infrastruktur setzen, diesen allerdings einen etwas

grünere Anstrich verleihen. Unwahrscheinlich dagegen sind gravierende Änderungen oder gar eine Rücknahme von Trumps Steuerreform. Als politisches Risiko Bestand haben dürfte dagegen der Konflikt zwischen den USA und China, während aber auch die Demokraten kein Interesse daran haben, die monopolartige Vormachtstellung der US-Technologieunternehmen zu gefährden.

Die nächsten Wochen dürften zwar noch von juristischen Auseinandersetzungen bis hin zu absurden Versuchen Trumps, mit dem von ihm noch in letzter Minute neujustierten Supreme Court das Wahlergebnis in Frage zu stellen, geprägt sein - eine zwischenzeitlich höhere Volatilität am Aktienmarkt nicht ausgeschlossen. Übergeordnet allerdings sollte die Dynamik, die zum einen von einer ultraexpansiven Geldpolitik und zum anderen von einer Gezeitenwende in der Fiskalpolitik ausgelöst wurde, auch nach dem Machtwechsel im Weißen Haus anhalten.

So wie die Demoskopen einen erdrutschartigen Sieg der Demokraten bei der Präsidentschaftswahl vorhergesagt hatten, warnten Analysten beinahe unisono vor dem „Worst-Case-Szenario“ eines nicht eindeutigen Wahlausgangs mit anschließenden Turbulenzen an den Finanzmärkten. Fünf Tage voll dieser Ungewissheit nach der Wahl wissen wir nun, dass sich beide Expertengruppen geirrt haben. Die Kursverluste an den Aktienmärkten erstreckten sich genau auf die paar Stunden am Wahlabend, danach hieß es für die Finanzmärkte zunächst einmal „Business as usual“, und so dürfte auch die Devise für die nächsten Monate lauten.

Kein Strategiewechsel in der Fiskalpolitik

Zwar gibt jetzt mit Joe Biden ein neuer Präsident den fiskalpolitischen Ton an, die Strategie des Demokraten sollte allerdings im Ergebnis nicht allzu unterschiedlich zu der seines Vorgängers sein. Die Fiskalpolitik bleibt in jedem Fall expansiv. Während Trump als Verfechter von Investitionen in die Infrastruktur gilt, die für eine breit angelegte konjunkturelle Erholung erforderlich sind, kann die „grüne“ Politik seines Herausforderers in Verbindung mit der Stärkung der Kaufkraft von Beziehern niedriger Einkommen letztlich die gleichen Effekte haben. Auch in der Steuerpolitik wird sich vermutlich unter Biden nicht viel ändern. Zwar hat er angekündigt, u.a. höhere Einkommen stärker zu besteuern und die Sozialabgabepflicht auszuweiten. Zudem sollen Unternehmen durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer sowie eine Mindeststeuer stärker belastet werden. Allerdings sollten zum einen mindestens in 2021 noch eine schwache Konjunktur und eine hohe Arbeitslosigkeit die Tür für Steuererhöhungen fest verschlossen halten und zum anderen ist eine Zustimmung im Senat ohne Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten nur schwer realisierbar. Insgesamt diene die Steueragenda von Biden im Wahlkampf wohl primär der Mobilisierung der Stammwähler und es ist nicht davon auszugehen, dass hiervon in den kommenden vier Jahren viel umgesetzt wird. Gleiches gilt im Hinblick auf die monopolartigen Strukturen vor allem der US-Technologieunternehmen. Zwar werden diese von den Demokraten regelmäßig beklagt. Aber auch hier ist nicht zu erwarten, dass gerade vor dem Hintergrund der globalen Bedeutung dieser Unternehmen die Strukturen von einem Wahlgewinner Biden tatsächlich verändert

werden.

Keine Kehrtwende in der China-Politik

In Ermangelung eines einheitlichen Kongresses dürfte der neue Präsident Biden den größeren Handlungsspielraum in der Außenpolitik haben. Und hier liegt die Relevanz für die Finanzmärkte in der Entwicklung des Verhältnisses zum Rivalen China. Tatsächlich handelt es sich hier aber um viel mehr als den immer wieder zitierten Handelskrieg, welcher mit der Präsidentschaft Trumps verbunden wird. Im Kern geht es um die Frage der globalen technologischen und militärischen Führerschaft, die weder die Republikaner noch die Demokraten an China verlieren wollen. Die Unterschiede dürften da eher in der Herangehensweise der beiden Kandidaten liegen. Während sich Trumps Ton gegenüber Peking nach einem Wahlsieg wohl eher noch verschärft hätte, wird Biden nun vermutlich auf die „alten“ Partner der USA zugehen, um diese in eine Strategie zur Begrenzung des globalen Einflusses von China einzubeziehen. Dies allerdings wäre für Europa wenig angenehm, profitiert doch gerade Deutschland von den engen wirtschaftlichen Verbindungen zu China.

MainSky AG

Reuterweg 49

D-60323 Frankfurt am Main

Telefon: 069 - 150 49 680-0

Telefax: 069 - 150 49 680-29

E-Mail: info@mainsky.de